



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

33. Sitzung (öffentlich)

27. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:36 Uhr bis 16:44 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRG NRW) 5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5351

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 2 Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes 6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5940

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss einigt sich darauf, am 6. Dezember 2023, 13:30 Uhr, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

- 3 Entwurf der Zwölften Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe** **7**
- Vorlage 18/1631
Drucksache 18/5951
- keine Wortbeiträge
- Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss zu dem Verordnungsentwurf angehört wurde.
- 4 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes** **8**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5804
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Antrag von Susanne Schneider (FDP) überein, eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.
- 5 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten** **9**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4353
- Schriftliche Anhörung
im Ausschuss für Europa und Internationales
Stellungnahme 18/726
Stellungnahme 18/809
Stellungnahme 18/818
Stellungnahme 18/830
Stellungnahme 18/831
Stellungnahme 18/833
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

- 6 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen** 11
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139
- Ausschussprotokoll 18/224 (*Anhörung in AFKJ und AGS am 20.04.2023*)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.
- 7 „Sternenkinder“ verdienen mehr Aufmerksamkeit – Forschung und Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern!** 12
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3286
- Ausschussprotokoll 18/272 (*Anhörung am 07.06.2023*)
- Wortbeiträge
- 8 Bedarfsgerechte Behandlung von Alopecia areata (Kreisrundem Haar- ausfall)** 14
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5412
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.
- 9 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zusichern!** 15
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5415

- Abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

- 10 Fachkräftesicherung durch Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen** **16**
 - Vorlage 18/1006
 - Vorlage 18/1014
 - Ausschussprotokoll 18/302 (*Anhörung in AGS und AWIKE am 16.08.2023*)
 - Auswertung der Anhörung
 - Wortbeiträge

- 11 Gesundheitsversorgung von Frühgeborenen** (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage]*) **18**
 - Bericht der Landesregierung
 - Vorlage 18/1657
 - Wortbeiträge

- 12 Vorbereitung der gesundheitlichen Versorgung in Nordrhein-Westfalen auf den Winter 2023/2024** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **19**
 - Bericht der Landesregierung
 - Vorlage 18/1656
 - mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge

- 13 Verschiedenes** **25**
 - keine Wortbeiträge

6 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139

Ausschussprotokoll 18/224 (*Anhörung in AFKJ und AGS am 20.04.2023*)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 20. Dezember 2022)

Susanne Schneider (FDP) führt an, sie habe in der Anhörung durchaus Unterstützung für den Antrag der FDP wahrgenommen. Dies gelte insbesondere für die Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung sowie die Einführung einer separaten Bedarfsplanung für die Kinder- und Jugendpsychologie. Außerdem müssten die Wartezeiten für einen Therapieplatz deutlich verkürzt werden. Fall der Landtag diesbezüglich eine gemeinsam Position verträte, wäre dies ein gutes Zeichen für die Bundesebene.

Katharina Gebauer (CDU) meint, der Antrag enthalte viele gute Ansätze, es werde aber mit dem Kinderschutzgesetz, der Kinderschutzkommission, dem Ausbau von Kinderschutzambulanzen sowie der Vernetzung von Gesundheitsamt und Jugendamt bereits viel getan. Im Rahmen der Krankenhausplanung solle zudem für ein gutes Angebot vor Ort gesorgt werden.

Sie halte es für wichtig, den Kinderschutz weiter voranzutreiben, es gelte aber Doppelstrukturen beispielsweise zur Kinderschutzkommission zu vermeiden.

Die Anhörung habe gezeigt, dass die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützenswert seien, so **Rodion Bakum (SPD)**. Selbst wenn die Landesregierung einzelne Punkte bereits angehe, halte er es für ein gutes Zeichen, seitens des Landtags NRW zu dokumentieren, dass man zum Wohle des Kinderschutzes zusammenstehe und bessere Behandlungsmöglichkeiten anstrebe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

